

Medienmappe

Zum virtuellen Mediengespräch:

Sozial-ökologische Folgen des EU-Mercosur-Abkommens – Stimmen aus der Wissenschaft

20. Oktober 2025

Nach 26 Jahren Verhandlung soll das Handelsabkommen zwischen der EU und den Mercosur Ländern (Argentinien, Brasilien, Paraguay und Uruguay) nun bis Ende diesen Jahres unter den EU-Staaten abgestimmt werden. Doch die jahrelangen Nachverhandlungen haben nicht alle Gemüter beruhigt: Frankreich und Polen beharren auf ihrem Nein, die europäischen Bäuer:innen sind besorgt, Klima-NGOs schlagen Alarm und Gewerkschaften sorgen sich um Arbeitsplätze. Hinzu kommt demokratiepolitische Kritik am Vorgehen der EU-Kommission, die durch das sogenannte „Splitting“ die ursprüngliche Einstimmigkeit bei der Abstimmung umgehen möchte.

Kritik an dem Abkommen kommt nicht nur von NGOs und Indigenen-Organisationen. Auch eine Reihe von Wissenschaftler:innen melden massive evidenzbasierte Bedenken dagegen an.

Im Mediengespräch von Diskurs. Das Wissenschaftsnetz beleuchten Karin Fischer und Werner Raza Fakten und Hintergründe zum aktuellen Stand des Abkommens.

Inputs:

Karin Fischer (JKU Linz): „**Ungleiche Partnerschaft: Sozial-ökologische Folgen des EU-Mercosur-Abkommens**“

Werner Raza (Österreichische Forschungsförderung für Internationale Entwicklung): „**Das EU Mercosur Assoziierungsabkommen: geringe wirtschaftliche Effekte, diffuse Nachhaltigkeitsbestimmungen**“

Moderation: Alexander Behr (Diskurs. Das Wissenschaftsnetz)

Eine Veranstaltung von [Diskurs. Das Wissenschaftsnetz](#)

Karin Fischer

Ungleiche Partnerschaft: Sozial-ökologische Folgen des Eu-Mercosur-Abkommens

Zahlreiche Beiträge aus Entwicklungsforschung und Globaler Soziologie verdeutlichen, dass durch internationale Handelsverträge und globale Lieferketten eine **Externalisierung von Umweltgefahren** stattfindet. Das heißt: **Umweltgefährdende und rechtsverletzende Stufen der industriellen Wertschöpfung werden ausgelagert** (Fischer et al. 2023; Fischer 2023; Fischer/Reiner 2025).

Länder im Globalen Süden, darunter auch die Mitglieder des Mercosur, sind vom Export von mineralischen Rohstoffen, landwirtschaftlichen Erzeugnissen und Energie abhängig. Diese werden vor allem für den Export extrahiert, während Hoheinkommensländer Nettoimporteure von Material, Energie, Land und Arbeit sind. In exportierten Rohstoffen stecken mehr Material, Land, Energie und Arbeitsstunden (unter oftmals prekären Bedingungen) als in jenen Waren und Dienstleistungen, die aus Hoheinkommensländern bezogen werden. Dieses Ungleichverhältnis, auch als **ökologisch ungleicher Tausch** bezeichnet, prägt auch das Mercosur-Abkommen: **Es ermöglicht Ländern mit hohem Einkommen, sich Ressourcen auf Kosten der Umwelt ärmerer Länder anzueignen.**

Die Mercosur-Staaten befinden sich in der Doppelrolle – zugleich Rohstofflieferanten und Abnehmer von Industriewaren. **Das Assoziierungsabkommen mit der EU verfestigt diese ungleichen Handelsbeziehungen und verstärkt die damit verbundenen sozial-ökologischen Gefährdungen.**

Das vorliegende Vertragswerk erhöht auch mit seinen neuen Bestimmungen – Stichwort Umsetzung des Pariser Klimaabkommens – den **Druck auf Ökosysteme im Mercosur**. Der mit Bergbau und Agrarexportwirtschaft verbundene **Landraub verschärft Landkonflikte**, deren Opfer die lokale Bevölkerung und indigene Gruppen sind. Sie – ebenso wie die Arbeiter*innen – tragen die Folgen der Umweltzerstörung (Wasserentzug, Bodenverseuchung, Biodiversitätsverlust etc.). Beide Sektoren sind zudem von massiver Gewalt geprägt. In Lateinamerika und in diesen beiden Sektoren verzeichnet die internationale Menschenrechtsorganisation Witness die weltweit höchste Zahl an Tötungen und Verschwindenlassen von Umweltschützer*innen (82 % aller dokumentierten Fälle im Jahr 2024).

Der Zollabbau auf Chemikalien fördert den Handel mit hochgiftigen Pestiziden, die in der EU mit Auflagen belegt oder verboten sind, jedoch weiterhin von europäischen Firmen in die Mercosur-Staaten exportiert werden (Fischer 2023; Fischer/Langthaler 2024). Zivilgesellschaftliche Organisationen aus den Mercosur-Mitgliedsländern Argentinien, Brasilien, Paraguay und Bolivien haben **Beschwerde gegen den Agrarchemie- und Pharmakonzern Bayer** bei der Organisation für wirtschaftliche Zusammenarbeit und Entwicklung (OECD) eingereicht. Die Beschwerde dokumentiert konkrete Fälle, die die negativen Auswirkungen des GV-Soja-Agrarmodells in jenen Gebieten aufzeigen, in denen Bayer seine Produkte vertreibt. Wie das European Centre for Constitutional and Human Rights (ECCHR) berichtet, gibt es auch nach über einem Jahr noch immer keine Entscheidung.

Die EU-Handelspolitik folgt überwiegend den Interessen von Wirtschaftsverbänden und Konzernen, nicht aber einer langfristigen Orientierung an Sicherheit,

Menschenrechten und Umweltschutz. Während Konzernen Sonderklagerechte vor Schiedsgerichten eingeräumt werden, enthält selbst das novellierte EU-Mercosur-Assoziierungsabkommen nur schwach verbindliche Verpflichtungen zum Schutz von Arbeitenden und Umwelt.

Um den Herausforderungen des 21. Jahrhunderts gerecht zu werden, braucht es **faire und nachhaltige Handelsbeziehungen sowie eine Umgestaltung von globalen Warenketten nach klimapolitischen Erfordernissen sowie umwelt- und menschenrechtlichen Kriterien.**

Ansätze dafür liefern Reduktionsziele für den Rohstoffverbrauch, zirkuläre Wirtschaftsmodelle (z.B. Kreislaufwirtschaft bei Spezialmetallen) und eine Stärkung regionalwirtschaftlicher Ansätze in der Agrar- und Nahrungsmittelindustrie. Nur auf dieser Grundlage – und nicht durch internationale Handelsverträge, die bestehende Ungleichheiten vertiefen – lassen sich geopolitische Spannungen, Menschenrechtsverletzungen und ökologische Degradierung vermeiden oder zumindest eindämmen (Fischer/Eder/Schaffartzik 2023).

Links zu den zitierten Studien:

European Center for Constitutional and Human Rights (ECCHR): OECD Beschwerde gegen Bayers Agrarmodell in Lateinamerika; <https://www.ecchr.eu/pressemitteilung/keine-entscheidung-ueber-oecd-beschwerde-gegen-bayer-ag/>

Global Witness Report 2024: <https://globalwitness.org/en/campaigns/land-and-environmental-defenders/roots-of-resistance/>;

Literaturhinweise:

Fischer, K./Eder, J./Schaffartzik, A. (2023): Globalisierung: Globale Warenketten und Arbeitsteilung. In C. Görg et al. (Hg.), APCC Special Report. Strukturen für ein klimafreundliches Leben. Berlin/Heidelberg: Springer Spektrum, 437-456. https://link.springer.com/chapter/10.1007/978-3-662-66497-1_19

Fischer, K. (2023): Klima-Kolonialismus. Die Klimakrise als globale Verteilungs- und Gerechtigkeitskrise. In: Armutskonferenz u.a. (Hrsg.): Es brennt. Armut bekämpfen, Klima retten. BoD, 43-49. <https://www.bod.de/buchshop/es-brennt-9783748183617>.

Fischer, K./Langthaler, E. (2024) Weder Fisch noch Fleisch? Ambivalenzen globaler Warenketten im neoliberalen Nahrungsregime. In: Atzmüller, Roland et al. (Hg.): Gesellschaft in Transformation. Sorge, Kämpfe, Kapitalismus. Weinheim Basel: Beltz Juventa, 190-200.

Fischer, K./Reiner, C. (2025): Global Value Chains or Global Inequality Chains? Uneven Power Relations and Rents in International Production. In C. Wimmer & T. Rieder (eds), Global Inequality: Rethinking Sociology in the 21st Century. Leiden: Brill, 305–337.

Werner Raza

Das EU Mercosur Assoziierungsabkommen: geringe wirtschaftliche Effekte, diffuse Nachhaltigkeitsbestimmungen

Auf der Grundlage einer früheren ÖFSE Studie (Tröster/Raza 2021) hat die ÖFSE eine aktualisierte Bewertung der potenziellen Auswirkungen des EU Assoziierungsabkommen mit den Mercosur Staaten (EUMAA) in seiner endgültigen Fassung durchgeführt, wobei der Schwerpunkt auf den neuen Elementen des Abkommens liegt (Papatheophilou et al, 2025).

Zu den **neuen Bestimmungen im finalen Abkommen** zählen unter anderem (i) eine Verpflichtung zur Umsetzung des Pariser Klimaabkommen als „wesentliches Element“ des Abkommens; (ii) ein neuer Anhang zum Kapitel „Handel und nachhaltige Entwicklung“ mit Schwerpunkt auf der Schaffung lokaler Rohstoffwertschöpfungsketten und Bestimmungen, die den Mercosur-Produzenten die Einhaltung der EU-Entwaldungsverordnung erleichtern; (iii) Ausnahmen, insbesondere für Brasilien, vom Verbot von Ausfuhrsteuern; (iv) ein „Ausgleichsmechanismus“, der Beschwerden von Partnern wegen Verstößen gegen neue Vorschriften ermöglicht; (v) Änderungen im Bereich des öffentlichen Beschaffungswesens, die im Wesentlichen einzelnen Mercosur-Ländern Präferenzbedingungen und Ausnahmen gewähren; (vi) längere Auslaufzeiten für Zölle auf Kraftfahrzeuge für Mercosur-Länder sowie eine Investitionsschutzmaßnahme für die Automobilindustrie gegen importbedingte Schocks; (vii) eine erweiterte Liste geografischer Herkunftsbezeichnungen für EU- und Mercosur-Erzeugnisse; und (viii) ein neues Kooperationsprotokoll, einschließlich eines aufgestockten Kooperationsfonds in Höhe von 1,8 Mrd. EUR als Teil der Global Gateway-Investitionsagenda der EU für Lateinamerika und die Karibik.

Unsere **Gesamtbewertung** lautet, dass die **neuen Elemente die wirtschaftlichen und politischen Auswirkungen des Abkommens** nicht wesentlich verändern werden. Wenn überhaupt, bringen die neuen Elemente für die Mercosur-Länder wirtschaftliche Nettovorteile mit sich, während die von der EU geforderten neuen Umweltbestimmungen im Wesentlichen entweder symbolischen Charakter haben oder sogar die Gefahr bergen, die jüngsten Regulierungsinitiativen der EU, insbesondere die EU-Entwaldungsverordnung, zu schwächen. Unsere Analyse der einzelnen Elemente lässt sich in den folgenden sieben Schlussfolgerungen zusammenfassen:

- 1) Wie in früheren Bewertungen (insb. von der LSE (2020)) gehen wir davon aus, dass die **Gesamtauswirkungen des EUMAA auf das Gesamteinkommen der EU mit etwa 0,1 % des BIP der EU sehr gering** sein werden.
- 2) **Während der frühen Umsetzungsphase** des EUMAA (Jahre 1 bis 10 nach Inkrafttreten) könnte die **EU insgesamt mit negativen Auswirkungen auf das BIP und die Beschäftigung konfrontiert sein. Positive wirtschaftliche Auswirkungen** aufgrund gestiegener Exporte der verarbeitenden Industrie **könnten sich nur mittel- bis langfristig** bemerkbar machen.
- 3) Die neue Verpflichtung, **das Pariser Klimaabkommen in gutem Glauben umzusetzen, ist zwar grundsätzlich zu begrüßen, hat jedoch weitgehend symbolischen Charakter**, da die **Durchsetzung** dieser Bestimmung **nach wie vor vage** ist.
- 4) Die Einführung eines „**Ausgleichsmechanismus**“ (**rebalancing mechanism**) im EUMAA **könnte den Handlungsspielraum der EU** für die Einführung neuer Umwelt- und Sozialvorschriften schwächen. Es kann nicht ausgeschlossen werden, dass der Ausgleichsmechanismus **genutzt werden könnte, um derzeit umgesetzte EU-Vorschriften**, insbesondere die EU-Entwaldungsverordnung, in Frage zu stellen.
- 5) **Das EUMAA wird zu einem Anstieg der Treibhausgasemissionen insgesamt** und insbesondere in den Mercosur-Ländern beitragen, da die Transportemissionen steigen und die Entwaldung für die Produktion von Agrarprodukten wie Rindfleisch oder Soja zunimmt.
- 6) Der Beitrag des **EUMAA zur Förderung der wirtschaftlichen Sicherheit in der EU wird sehr begrenzt** bleiben. Das Abkommen schränkt zwar den politischen Spielraum der Mercosur-Länder in Bezug auf die Einführung von Ausfuhrbeschränkungen für Rohstoffe ein, enthält jedoch keine spezifischen Unterstützungsmaßnahmen zur Förderung des Aufbaus inländischer Wertschöpfungsketten für Rohstoffe in den Mercosur-Ländern mit anschließender Ausfuhr kritischer Rohstoffe in die EU.

- 7) Die **Hoffnungen politischer Entscheidungsträger der EU** das Abkommen sei ein **Schlüssel zum Aufbau einer strategischen Partnerschaft** mit den Mercosur-Ländern sind **überzogen**.

Literaturhinweise:

LSE (2020): Sustainability Impact Assessment in Support of the Association Agreement Negotiations between the European Union and Mercosur - Final Draft. LSE Consulting.
<https://www.lse.ac.uk/business/consulting/assets/documents/SIA-in-Support-of-the-Association-Agreement-Negotiations-between-the-EU-and-Mercosur-Final-Report.pdf>

Papatheophilou, S./Tröster, B./Raza, W./Coral, L.: Assess_EU-Mercosur 2.0: Assessing the final agreement text of the Association Agreement between the EU and Mercosur, Research Report 23, Wien, Juni 2025 <https://www.oefse.at/fileadmin/content/Downloads/Publikationen/Studien/RR23-ASSESS-EU-Mercosur.pdf>

Tröster, B./Raza, W.: Assess_EU_MERCOSUR: Assessing the claimed benefits of the Association Agreement between the EU and Mercosur. Arbeiterkammer Wien, July 2021, https://wien.arbeiterkammer.at/service/studien/eu/EU_Mercosur_2021_10.pdf

Über die Expertinnen

[Karin Fischer](#) leitet den Arbeitsbereich Globale Soziologie und Entwicklungsforschung am Institut für Soziologie sowie das Interdisciplinary Commodity Studies Lab (ICS Lab) an der JKU. Sie arbeitet zu globalen Warenketten mit einem Schwerpunkt auf Arbeitskonflikten und Umweltgefahren in globalen Warenketten.
Email: karin.fischer@jku.at

[Werner Raza](#) ist Leiter der Österreichischen Forschungsförderung für Internationale Entwicklung in Wien. Er arbeitet zu Handelspolitik, Entwicklungsökonomie und -politik.
Email: w.raza@oefse.at
Tel: 0676 3248688

Kontakt für Rückfragen

Alexander Behr
Diskurs. Das Wissenschaftsnetz
T: +43 650 343 83 78
E: alexander.behr@univie.ac.at

Cosima Danzl
Diskurs. Das Wissenschaftsnetz
T: +43 660 721 83 75
E: danzl@diskurs-wissenschaftsnetz.at

Diskurs. Das Wissenschaftsnetz ist eine Initiative zum Transfer von wissenschaftlicher Evidenz engagierter Wissenschaftler*innen in die Öffentlichkeit. Wir setzen uns dafür ein, dass wissenschaftliche Erkenntnisse entsprechend ihrer Bedeutung im öffentlichen Diskurs und in politischen Entscheidungen zum Tragen kommen. Mehr Informationen finden Sie auf unserer Website <https://diskurs-wissenschaftsnetz.at/>

Sie möchten über unsere zukünftigen Mediengespräche und Pressemitteilungen informiert werden? Dann melden Sie sich doch bei unserem Presseverteiler an: <https://www.diskurs-wissenschaftsnetz.at/presseverteiler/>